

1 A-05

2 Antragsteller: ASJ NRW

3

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 **Keine Zustimmung zum Handelsabkommen der Euro-**  
7 **päischen Union mit der Freihandelszone Mercosur in**  
8 **dieser Form**

9

10 Die SPD-Mitglieder des Europäischen Parlamentes und  
11 des Bundestages sowie die SPD-Mitglieder der Bundes-  
12 regierung werden aufgefordert, den von der Europäi-  
13 schen Kommission ausgehandelten Freihandelsvertrag  
14 mit der lateinamerikanischen Freihandelszone Merco-  
15 sur abzulehnen.

16

17 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung müssen ih-  
18 ren Einfluss dahingehend geltend machen, dass sich die  
19 Bundesregierung im Ratsausschuss für Handelspolitik  
20 und im Ministerrat dafür einsetzt, die weiteren anste-  
21 henden Verfahrensschritte zur Verabschiedung und zur  
22 Ratifizierung nicht durchzuführen.

23

24 Sollte dennoch dieser Vertragsentwurf weiter betrieben  
25 werden, müssen die SPD-Europaabgeordneten und die  
26 SPD-Mitglieder der Bundesregierung sich dafür verwen-  
27 den, dass es zu keiner Aufspaltung des Abkommens in  
28 einen „europäischen“, nicht von den nationalen Parla-  
29 menten zu ratifizierenden und einen weiteren, von den  
30 nationalen Parlamenten zu ratifizierenden Teil kommt.  
31 Der Vertrag muss verfahrensmäßig als ganzer behan-  
32 delt werden. Sollte das Europäische Parlament dem Ver-  
33 trag zustimmen, darf es zu keiner vorzeitigen Anwen-  
34 dung des Teils in europäischer Zuständigkeit kommen.

35

36 Falls das Ratifizierungsverfahren eingeleitet werden  
37 sollte, werden die SPD-Bundestagsabgeordneten auf-  
38 gefordert, dem Abkommen nicht zuzustimmen. Die  
39 SPD-Mitglieder in Landesregierungen werden aufgefor-  
40 dert, darauf hinzuwirken, dass der Bundesrat das Ab-  
41 kommen, wenn er im Falle eines doch eingeleiteten Ra-  
42 tifizierungsverfahrens beteiligt wird, ebenfalls ablehnt.  
43 Dies gilt auch für die SPD-Fraktionen in den Landtagen  
44 im Rahmen ihrer Möglichkeiten, das Handeln der Lan-  
45 desregierungen im Bundesrat zu beeinflussen.

46

47 Die Parteigliederungen der SPD und insbesondere der  
48 Bundesvorstand der SPD sowie alle Mitglieder werden  
49 aufgefordert, sich die Position der Ablehnung des vor-  
50 liegenden Vertrages ebenfalls zu eigen zu machen und  
51 sich für einen Stopp des laufenden Verfahrens einzuset-  
52 zen.

53

54 Das ist in Europa aus Gründen des Verbraucherschutz-  
55 zes und zur Sicherung der Daseinsvorsorge, für den gan-  
56 zen Planeten aus Gründen des Umwelt- und Klima-  
57 schutzes, sowie in Mercosur aus Gründen des Schutz-  
58 zes einer nichtindustriellen Landwirtschaft, der indige-  
59 nen Bevölkerung und der Bevölkerung vor schädlichen

**Empfehlung der Antragskommission:**

**Annahme in der Fassung der Antragskommission**

Füge ein in Zeile 15: Die NRWSPD begrüßt daher den Beschluss des EP vom 7.10.2020 über den Bericht zur Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2020, in dem ausdrücklich festgehalten ist, dass das Abkommen in seiner jetzigen Form nicht ratifiziert werden kann.

Einfügen vor Zeile 54: Begründung

60 Chemikalien und zum Erhalt und zur Sicherung besse-  
61 rer Entwicklungsmöglichkeiten der einheimischen In-  
62 dustrie und der bestehenden wirtschaftlichen Diversifi-  
63 zierung, der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeit-  
64 nemern und Gewerkschaften sowie zur Vermeidung  
65 negativer Rückwirkungen auf Afrika erforderlich.

66  
67 Das Abkommen gefährdet in Mercosur die bestehende  
68 einheimische industrielle Basis und wirft diese Staaten  
69 in Richtung auf Rohstoff- und Agrarlieferanten zurück.  
70 Es stärkt die agrarischen Großgrundbesitzer und damit  
71 die agrochemische Landwirtschaft. Es enthält Anreize  
72 zur weiteren Verwandlung von Regenwald in Agrarflä-  
73 chen sowie in Bergbaugebiete mittels Brandrodung. Es  
74 trägt so dazu bei, die Kleinbauern und die negativ durch  
75 die Agrarchemie betroffene Bevölkerung sowie die in-  
76 digene Bevölkerung weiter unter Druck zu setzen und  
77 ihnen ihre angestammten Lebensgrundlagen zu neh-  
78 men, zumal nach der Ankündigung des brasilianischen  
79 Präsidenten Bolsonaro, den von der Verfassung garan-  
80 tierten Schutz der indigenen Gebiete aufheben zu wol-  
81 len. Mit seinen umwelt- und klimapolitischen Auswir-  
82 kungen konterkariert es die neue Strategie der Euro-  
83 päischen Union einer effektiven Klimapolitik. Es ent-  
84 hält keine ausreichenden Instrumente zur Sicherung  
85 der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
86 sowie der Gewerkschaften. Der ungehemmte Einsatz  
87 von Pestiziden, Herbiziden und Düngemitteln in Brasi-  
88 lien verschafft den großagrarischen Betrieben in Mer-  
89 cosur einen unlauteren Wettbewerbsvorteil und stellt  
90 ein Risiko für den europäischen Verbraucher dar. Soweit  
91 nach den bisher veröffentlichten Texten beurteilbar, ist  
92 die Daseinsvorsorge nur unzureichend von einer Libera-  
93 lisierung ausgenommen. Die Exportinteressen der euro-  
94 päischen und deutschen Industrie müssen dem gegen-  
95 über zurücktreten, zumal die Auswirkungen auf das ge-  
96 samtwirtschaftliche Wachstum minimal sind.

97  
98 Das Abkommen ist auch mit Zusatzerklärungen nicht  
99 zu retten. Die genannten Akteure der SPD müssen  
100 sich stattdessen für ein Abkommen einsetzen, dessen  
101 Kern die Umwelt- und Sozial- und Arbeitsstandards  
102 und der Verbraucherschutz sind, das vorsieht, dass  
103 die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft bei der Ein-  
104 haltung und Durchsetzung dieser Regeln einbezogen  
105 werden und dass diese sanktionierbar sind, das die  
106 Menschenrechte entlang der gesamten Lieferketten  
107 beachtet und Vorkehrungen trifft, diese umzusetzen  
108 und ggf. Verstöße zu sanktionieren, das einen aktiven  
109 Beitrag zum Klimaschutz leistet und im Konfliktfall  
110 dem Klimaschutz Vorrang vor den Handelsbelangen  
111 einräumt, das die Daseinsvorsorge ausnimmt, um wei-  
112 ter passgenaue lokale und regionale Dienstleistungen  
113 in demokratischer Selbstverantwortung vornehmen  
114 zu können, das Mercosur eine faire, nachhaltige  
115 Entwicklungsperspektive ohne Raubbau und Missach-  
116 tung der Menschenrechte eröffnet, das demokratisch  
117 und transparent ausgehandelt und umgesetzt wird.

118 Gemeinsame Handelsausschüsse auf der Basis des  
119 Abkommens dürfen keine eigenständigen politische  
120 Befugnisse erhalten, das keine privaten Klagerechte  
121 für den Investitionsschutz enthält. Die bestehenden  
122 Investitionsschutzverträge müssen gekündigt werden.

123

124 **Begründung**

125 Nach gut 20 Jahren Verhandlungen erzielten die Eu-  
126 ropäische Union und die Mercosur-Mitgliedstaaten  
127 Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay am 28.  
128 Juni 2019 eine grundsätzliche Einigung über Elemente  
129 eines Handelsabkommens. Der Vertrag ist mittlerweile  
130 ausgehandelt und befindet sich in der letzten Phase der  
131 juristischen Überprüfung. Anschließend wird er in die  
132 Amtssprachen der EU übersetzt. Noch in diesem Jahr  
133 soll der Ministerrat sich damit befassen. Da in der EU  
134 und in Mercosur 780 Millionen Menschen leben, würde  
135 die größte Freihandelszone der Welt entstehen.

136

137 Das Handelsabkommen enthält keinen Teil zum In-  
138 vestitionsschutz. Allerdings bestehen zwischen den  
139 Mercosur- und den EU-Mitgliedstaaten 49 Investitions-  
140 schutzabkommen. 38 Investitionsschutzklagen von EU-  
141 Mitgliedsländern wurden gegen Mercosur-Mitglieder  
142 eingeleitet. Umgekehrt gab es nur eine einzige.

143

144 Die Bundesregierung strebt in ihrem Programm zur  
145 Deutschen Ratspräsidentschaft zügige Fortschritte bei  
146 der Finalisierung des Abkommens mit Mercosur an.  
147 Auch angesichts der Amazonas-Waldbrände in Brasili-  
148 en in 2019 und 2020 forderten hingegen das österrei-  
149 chische und niederländische Parlament ihre Regierun-  
150 gen auf, dem Abkommen nicht zuzustimmen. Frank-  
151 reich droht mit einem Veto. Die Bundesregierung steht  
152 „zu Geist und Intentionen des Freihandelsabkommens“.  
153 Bundeskanzlerin Angela Merkel und auch Wirtschafts-  
154 minister Peter Altmaier haben aber inzwischen Beden-  
155 ken geäußert, ob die Rahmenbedingungen für eine Un-  
156 terzeichnung derzeit gegeben sind. Die Kanzlerin hat  
157 angesichts der Abholzung im Amazonas-Gebiet erheb-  
158 liche Zweifel an der Umsetzung des Abkommens.

159

160 Gleichzeitig schließt die Bundesregierung Nachver-  
161 handlungen aus. Zusatzvereinbarungen werden aber  
162 für möglich gehalten. Auch SPD-MdEP Bernd Lange,  
163 Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen  
164 Parlaments, hält Zusatzvereinbarungen für einen gang-  
165 baren Weg, die von ihm eingeräumten Mängel zu behe-  
166 ben. Zusatzvereinbarungen lehnt allerdings die brasilia-  
167 nische Regierung bislang ab. Die Europäische Kommis-  
168 sion treibt das Abkommen unverdrossen voran. Ange-  
169 sichts des Widerstands in einigen Mitgliedstaaten wird  
170 in der Kommission erwogen, das Abkommen in zwei Tei-  
171 le aufzuspalten, um die Chancen einer Zustimmung im  
172 Rat zu erhöhen.

173

174 Vereinfacht gesehen bedeutet das Abkommen, dass  
175 sich Mercosur der europäischen Industrie öffnet (au-

176 ßerdem werden allerdings auch schrittweise die ho-  
 177 hen Zölle auf EU-Lebensmittel und Getränke in Mer-  
 178 cosur entfallen) und die EU sich umgekehrt ein Stück  
 179 weit der Agrarindustrie der Mercosur-Staaten. Das Ab-  
 180 kommen wird in Mercosur die Landwirtschaft stärken  
 181 und die Industrie schwächen. Das leistet einer Rück-  
 182 entwicklung zum Rohstoff- und Agrarland (reprimariza-  
 183 ción) Vorschub. Bei den überwiegenden großherrschaft-  
 184 lichen Besitzverhältnissen in der Landwirtschaft wird  
 185 dies auch zu einer weiteren Konzentration von Reich-  
 186 tum führen.

187  
 188 Die landwirtschaftliche Produktion in Mercosur geht  
 189 einher mit Monokulturen, gentechnisch veränderten  
 190 Produkten, hohem Pestizid- und Düngemittleinsatz,  
 191 Entwaldung und Brandrodung, schweren Gesundheits-  
 192 problemen in den an die Plantagen angrenzenden Sied-  
 193 lungen, Vertreibung und Dezimierung der indigenen  
 194 Bevölkerung und traditionellen Gemeinschaften, Re-  
 195 pressionen und Brutalität gegenüber lokalen Kritikern  
 196 und Aktivisten und anderen Verletzungen der Men-  
 197 schenrechte. Bei der Mittelwahl ist man nicht zimper-  
 198 lich: Urkundenfälschung im Katasteramt, Einsatz von  
 199 Marktmacht des wirtschaftlich Stärkeren, Gesetzesin-  
 200 itiativen, Gewalt durch gedungene Banden. Unter der  
 201 Regierung Bolsonaro haben sich in Brasilien die Proble-  
 202 me verschärft. Durch die massiven Brände der Regen-  
 203 wälder in Brasilien in der zweiten Jahreshälfte 2019 und  
 204 2020, aber auch in anderen Mercosur-Ländern, wurde  
 205 einer breiten Weltöffentlichkeit die Problematik zusätz-  
 206 lich vor Augen geführt.

207  
 208 In der Landwirtschaft und in der Lebensmittelwirtschaft  
 209 kommt es in Mercosur zu massiven Verletzungen von  
 210 internationalen Arbeitsnormen und Menschenrechten.  
 211 Immer wieder fallen sklavenähnliche Beschäftigungen  
 212 in den Zuckerrohr- und Sojaplantagen sowie bei den  
 213 Rinderfarmen auf. Durch den massiven Einsatz von Pes-  
 214 tiziden und Herbiziden in der Landwirtschaft wird auch  
 215 die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-  
 216 mer in einem hohen Maße geschädigt.

217  
 218 Brasilien hat sieben der acht ILO-Kernarbeitsnormen ra-  
 219 tifiziert. Die Norm über die Vereinigungsfreiheit, steht  
 220 aus. Es wird Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt, Ta-  
 221 rifverträge zu akzeptieren, die schlechter als die gesetz-  
 222 lichen Garantien sind. Die Finanzierung der Gewerk-  
 223 schaften ist erschwert und ihre Einnahmeautonomie  
 224 beseitigt worden. Die Strafen bei Sklavenarbeit wurden  
 225 gelockert. Insgesamt fährt die Regierung Bolsonaro ei-  
 226 nen gewerkschaftsfeindlichen Kurs.

227  
 228 Die ILO stellte fest, dass Brasilien gegen internatio-  
 229 nale Arbeitsvorschriften verstößt, Tarifverhandlungen  
 230 untergräbt und die Arbeit der Gewerkschaften behin-  
 231 dert. Die Internationale Gewerkschaftsunion hat Brasi-  
 232 lien aufgrund gewaltsamer Repressionen gegen Streiks  
 233 und Drohungen, die Mitglieder von Gewerkschaften er-

234 halten haben, in ihre Liste der zehn schlimmsten Länder  
235 für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgenommen.  
236 men.

237  
238 Das Abkommen enthält ein Nachhaltigkeitskapitel mit  
239 Umwelt- und Arbeitsvorschriften. Es ist weder durch-  
240 setzbar noch sanktionierbar. Lediglich ein unabhängiges  
241 und unparteiisches Sachverständigenpanel soll  
242 über die Umsetzung des Nachhaltigkeitskapitels wa-  
243 chen. Es soll konsultations- und dialogorientiert um-  
244 gesetzt werden. Der Streitbeilegungsmechanismus, der  
245 auch Sanktionen kennt, gilt nur für andere Kapitel. Das  
246 Nachhaltigkeitskapitel steht im Widerspruch zum üb-  
247 rigen Abkommen und hat auch deshalb keine Durch-  
248 schlagskraft.

249  
250 Zudem ist Diskrepanz des Nachhaltigkeitskapitels zur  
251 Realität in Brasilien im Umweltschutz, bei den Rechten  
252 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den  
253 Menschenrechten enorm. Mit unterschiedlichen Aus-  
254 prägungen und Intensitäten gilt das auch für die ande-  
255 ren Mitglieder von Mercosur. Das zahnlose Nachhaltig-  
256 keitskapitel kann diese Diskrepanz nicht aufheben.

257  
258 Die zusätzlichen Import-Kontingente an Rind-,  
259 Geflügel- und Schweinefleisch treffen auf einen bereits  
260 übersättigten EU-Fleischmarkt, in dem Überschüsse  
261 exportiert werden. Steigende Importmengen werden  
262 einen Preisdruck nach unten ausüben. Der Einsatz von  
263 Wachstumshormonen, Gentechnik und einer Vielzahl  
264 von Pestiziden ermöglicht in Mercosur eine billigere  
265 Produktion in größeren Einheiten, gegenüber der klei-  
266 neren Produzenten in der EU ins Hintertreffen kommen  
267 könnten. Mit dem Fleisch und anderen Agrarprodukten  
268 werden die Umweltprobleme und Menschenrechts-  
269 verletzungen in den Herkunftsländern nach Europa  
270 „importiert“. Anfang September sprachen sich fast alle  
271 Agrarministerinnen und Agrarminister der EU gegen  
272 eine Ratifizierung des Freihandelsabkommens aus.  
273 Auch Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat sich  
274 dagegen gestellt.

275  
276 Einzelne Branchen in Europa und Deutschland wer-  
277 den von dem Abkommen profitieren, wie etwa die Kfz-  
278 und die Chemieindustrie. Die prognostizierten gesamt-  
279 wirtschaftlichen Wachstumseffekte sind allerdings mi-  
280 nimal. Der Entwurf der Nachhaltigkeitsfolgenabschät-  
281 zung der London School of Economics sagt für Europa  
282 bis 2032 einen zusätzlichen Zuwachs des Sozialproduk-  
283 tes durch das Handelsabkommen um 0,1 Prozent, so-  
284 wohl in einem konservativen als auch in einem progres-  
285 siven Szenario voraus. Der größere Teil dieses Wachs-  
286 tums ist Ergebnis der verbilligten Importe in die EU, der  
287 kleinere Teil der steigenden Exporte und Investitionen  
288 in Mercosur. Die Wachstumszuwächse für die einzelnen  
289 Mercosur-Staaten schwanken für das konservative und  
290 progressive Szenario zwischen 0,1 und 0,7 Prozent. Für  
291 den langen Zeitraum bis 2032 liegen diese prognosti-

292 zierten Wachstumseffekte im jährlichen Maßstab also  
293 unter der Messbarkeitsgrenze.

294

295 Die europäischen Normen im Bereich der Lebensmittel-  
296 sicherheit sowie Tier- und Pflanzengesundheit erstre-  
297 cken sich auch auf die Importe. Das gilt auch für gene-  
298 tisch veränderte Organismen. Alle Lebensmitteleinfuh-  
299 ren müssen den Standards der EU entsprechen.

300

301 Das stellt angesichts der Gammelfleischskandale in  
302 Brasilien, des Einsatzes von Wachstumshormonen und  
303 des hohen Einsatzes von Pestiziden und Herbiziden,  
304 aber auch von Salmonellenproblemen in Mercosur ei-  
305 ne große Herausforderung dar. Fraglich ist, wie weit das  
306 Kontrollsystem das gewährleisten kann. Die Mercosur-  
307 Staaten kontrollieren die Einhaltung der EU-Standards  
308 vor Ort. An der Neutralität der zuständigen Behörden in  
309 Mercosur bestehen aber Zweifel. Die Möglichkeiten zur  
310 Überprüfung durch die EU vor Ort sind unzureichend.

311

312 Die Kontrollen mittels Stichproben bei der  
313 Lebensmittel-Einfuhr in die EU ergaben in der Ver-  
314 gangenheit bei nur einem geringen Anteil der Importe  
315 Grenzwertüberschreitungen. Mehr als zwei Drittel der  
316 Importe aus Brasilien wiesen allerdings Rückstände  
317 unterhalb der Grenzwerte auf. Angesichts der geringen  
318 Mengen wird bei einmaligem oder gelegentlichen  
319 Verzehr von Lebensmitteln kein gesundheitliches Risiko  
320 gesehen. Jedoch sind insbesondere die Lebensmittel  
321 aus Brasilien höher belastet, so dass eine Steigerung  
322 der Importe den Verbraucherinnen und Verbrauchern  
323 nicht zugemutet werden sollte.

324

325 Das Abkommen befördert Handel und Produktionsmo-  
326 delle und schreibt sie für die Zukunft fest, die nicht mit  
327 dem EU-Ziel der Klimaneutralität vereinbar sind. Das  
328 Abkommen untergräbt die Bemühungen der Europäi-  
329 schen Union um eine Eindämmung des Klimawandels  
330 und die forcierte Klimapolitik der Europäischen Uni-  
331 on, die die Kommissionspräsidentin angekündigt hat.  
332 Die Grundanlage des Abkommens entspricht auch nicht  
333 dem Erfordernis der weltweiten Sicherung der Men-  
334 schenrechte. Ein neues Abkommen muss die zentralen  
335 globalen Probleme in den Mittelpunkt stellen. Mit Zu-  
336 satzvereinbarungen ist das nicht zu erreichen.

337

338 Angesichts der Waldbrände in Brasilien und anderer  
339 Länder forderten Ende August 2019 die beiden stell-  
340 vertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion  
341 Sören Bartol und Matthias Miersch einen Stopp des Frei-  
342 handelsabkommens mit Mercosur. Mit Bolsonaro sei ein  
343

344 Handelsabkommen, das weitgehende Auslegungen zu  
345 Lasten der Umwelt und des Klimas zulasse, nicht ab-  
346 schlussreif. Ein bloßer Verweis auf das Pariser Klima-  
347 schutzabkommen genüge nicht. Sie forderten eindeu-  
348 tige Regeln und Sanktionen im Nachhaltigkeitskapitel.

349

350 Im Vorwärts vom 24. September 2019 führt MdEP Udo  
351 Bullmann, aus, dass das Mercosur-Abkommen in sei-  
352 ner jetzigen Form im Lichte der EU-Agenda 2030 für  
353 nachhaltige Entwicklung und der Werte der Europäi-  
354 schen Union als Reaktion auf die Vorgänge in Brasili-  
355 en, die Waldrodung und die generelle Infragestellung  
356 des Minderheiten- und Naturschutzes, nicht zielfüh-  
357 rend sei. Die Umsetzungs- und Überprüfungsmechanis-  
358 men im Nachhaltigkeitskapitel seien nicht konkret ge-  
359 nug und deshalb nicht ausreichend effektiv.

360  
361 Das Europäische Parlament solle Nachbesserungen in  
362 den Bereichen Nachhaltigkeit und Normendurchset-  
363 zung, beispielsweise in Form von Sanktionsmöglichkei-  
364 ten erwirken. Es solle abgewartet werden, ob das ge-  
365 lingt, dann solle das Abkommen neu bewertet werden.

366  
367 Bernd Lange stellte in verschiedenen aktuellen Presse-  
368 Statements fest, dass es bei den Nachhaltigkeits- und  
369 Umweltstandards „noch viele Lücken“ gibt. Man könne  
370 kein Abkommen abschließen „wohl wissend, dass die  
371 Verpflichtungen nicht eingehalten werden“. Er plädiert  
372 für klare Kontroll- und Sanktionsmechanismen für bei-  
373 de Seiten. Bisher habe ein Land bei Verstößen gegen  
374 Umweltvereinbarungen in Freihandelsabkommen oder  
375 bei Verletzung der Menschenrechte keine Konsequen-  
376 zen zu befürchten – weder von Staaten noch von Zivil-  
377 organisationen“. Er führte weiter aus: „Der Vertrag kann  
378 nicht mehr geändert werden, aber Zusatzvereinbarun-  
379 gen sind möglich“. Aber: „Die brasilianische Regierung  
380 lehnt das bisher rigoros ab. Solange das so bleibt, gibt  
381 es in der EU keine Chance auf Ratifizierung“. Zum The-  
382 ma Menschenrechte und Umwelt gebe es derzeit in Bra-  
383 silien „null Bereitschaft, weitere Gespräche zu führen“.  
384 Der Mercosur-Deal gehöre „in den Kühlschranks“, so lan-  
385 ge Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro gegen die Klimare-  
386 geln verstoße. Eine Aufspaltung des Abkommens sei mit  
387 dem Europaparlament nicht zu machen.

388 In einer Stellungnahme vom 9. Januar 2020 lehnt der  
389 DGB das Abkommen aus Gründen des Klima- und  
390 des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzes  
391 ab. Der DGB verweist auf die gewerkschaftsfeindliche  
392 Haltung der Regierung in Brasilien, aber auch in Argenti-  
393 nien und Paraguay (nicht in Uruguay) und auf die Situa-  
394 tion von Aktivistinnen und Aktivisten und Minderheiten  
395 in Mercosur. Das zahnlose Nachhaltigkeitskapitel sei zu  
396 einer Abhilfe nicht geeignet. Zudem sei die Daseins-  
397 vorsorge nicht wirksam von einer Liberalisierung aus-  
398 genommen. Handelsabkommen müssten aber zu einer  
399 fairen Globalisierung beitragen und dürften nicht zu  
400 Lasten der Beschäftigten erfolgen.